

BREMER AKTIONSBÜNDNIS REFUGEES WELCOME_
c/o Kommunikationszentrum paradox
Bernhardstr. 12 | 28203 Bremen
KONTAKT: 0152 3881 5397
refugeeswelcomehb@riseup.net

Bremen, 20.11.2015

Offener Brief zur Wohnsituation geflüchteter Menschen in Bremen

Sehr geehrte Damen und Herren,

noch Ende August hat Senatorin Stahmann von einer „absoluten Notlösung“ gesprochen, als sie die Nutzungsdauer der Zelte bis Ende November verlängert hat (Radio Bremen). Innerhalb kürzester Zeit wurde der Standard, in dem geflüchtete Menschen hier leben müssen, immer weiter abgesenkt: Wo im Sommer Zelte nur für kurze Zeit aufgestellt wurden, sind sie mittlerweile Normalzustand geworden. Über 1500 Menschen wohnen derzeit in Zeltstädten, darunter Familien mit kleinen Kindern, Kranke und unbegleitete minderjährige Jugendliche. Es ist dort kalt, laut und es gibt nahezu keine Rückzugsmöglichkeiten. Das ist keine würdige Unterbringung. Noch dazu haben laut Bremischer Verfassung alle Menschen einen Anspruch auf eine Wohnung.

Gleichzeitig heißt es in der Erklärung zum neuen § 26a des Bremer Polizeigesetzes, dass „alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden“ müssten. Dieses Ausschöpfen aller Möglichkeiten soll heißen: leerstehende Gebäude wie z.B. Baumärkte mit einer Fläche von über 300m² darf die Stadt Bremen rechtlich beschlagnahmen. Ziel ist es nicht, kleinere leerstehende private Wohngebäude anzurühren. Stattdessen wird das *Bayernzelt* des Freimarkts auf abgelegener Fläche aufgebaut und das Ziel formuliert, dieses zur Unterbringung Geflüchteter „möglichst lange nutzen“ zu können (Bürgermeister Sieling, Oktober 2015). Das Ziel der menschenwürdigen und dezentralen Unterbringung scheint weiter weg denn je, stattdessen drohen isolierte Massen-Unterkünfte zur Zielscheibe rechtspopulistischer Stimmungsmache zu werden, siehe Bremen-Blumenthal. Eine Grundursache des Wohnungsmangels, nämlich die Privatisierung des Wohnungsbaus zu Gewinnzwecken in den letzten 20 Jahren, wird zwar benannt, aber nicht wirklich verändert.

Das Aktionsbündnis „Refugees Welcome“ will nicht länger zusehen. Wir wollen zeigen, dass es eine Menge Leerstand in der Stadt gibt, der bisher noch nicht

in der Diskussion ist. Wir finden es unerträglich, dass Menschen in Bremen in Zelten, Turnhallen, Baumärkten oder auf der Straße überwintern müssen.

Wenn am 5.12.2015 noch Menschen in Zelten/Turnhallen wohnen, werden wir in einem Rundgang eine öffentliche Beschlagnahmung von Gebäuden durchführen, die noch diesen Winter als Wohnraum genutzt werden können.

Wir fordern festen individuellen Wohnraum für alle Menschen jetzt! - Keine Lager! Wir fordern die sofortige Anwendung von § 26a Bremer Polizeigesetzes, erweitert auf die Beschlagnahme aller wohnuntauglichen Gebäude und Wohnungen, unabhängig von ihrer Größe.

Wir fordern die Beiräte auf, in den Stadtteilen Leerstand sichtbar zu machen und Wohnraum zu schaffen.

Was wir brauchen, ist ein grundlegender Wechsel beim Wohnungsbau, einen Stopp des Verkaufs von Flächen und Wohnraum an global player und eine sozial gerechte Wohnungspolitik mit erschwinglichen Mieten für alle.

Kein leeres Haus, kein volles Zelt! Wohnraum für Alle!

Mit antirassistischen Grüßen,
Bremer Aktionsbündnis Refugees Welcome